Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr 71. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 25. März 1927

Kanäle.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Zwischen der Eisenbahn und den Kanälen in Deutschland hat ja immer ein heftiger Wettbewerb stattgefunden; bekanntlich ist der Transport zu Wasser beträchtlich billiger als der auf der Achse. Verschärft ist die Lage aber jetzt dadurch, daß die Reichsbahn zu einer Art Privatgesellschaft geworden und der Verwaltung des Reiches entzogen ist, außerdem aber auf Grund des Dawes-Planes gewaltige Lasten zu tragen hat. Auf der anderen Seite ist der Bau von Kanälen gegenüber der Vorkriegszeit zu einer weit kostspieligeren Sache geworden, weil die Bodenpreise ebenso gestiegen sind wie die Herstellungskosten, obwohl hierbei die Errungenschaften der modernen Technik weitgehend eingesetzt werden konnten. Dazu kommt aber, daß — abgesehen von sonstigen wirtschaftspolitischen Erwägungen — der Kanalbau ein besonders begünstigter Gegenstand der produktiven Erwerbslosenfürsorge geworden ist. Die Eisenbahn erblickt darin eine schwere Konkurrenz, die geeignet ist, den dringend gebrauchten erhöhten Ertrag des Eisenbahnbetriebes zu schmälern.

Außerdem aber muß die deutsche Wasserstraßenpolitik mit ganz entgegengesetzten wirtschaftspolitischen Anschauungen rechnen. Um nur ein Beispiel anzuführen: der Mittellandkanal, der ja seit Jahrzehnten Gegenstand des schärfsten Für und Wider ist, würde zwar einerseits den Transport der rheinisch-westfälischen Kohle bis weit nach dem Osten Deutschlands hinein stark verbilligen, andererseits aber dazu führen, daß die oberschlesische Kohle dort geringeren Absatz fände. Ebenso würde durch diesen Kanal die Einfuhr ausländischen Getreides in das Herz Deutschlands hinein sehr erleichtert werden. Aus diesen Umständen erklärt es sich, daß sich weite Kreise des deutschen Ostens, ohne Rücksicht auf Parteistellung, gegen den Bau des Mittellandkanals wehren, weil sie übermächtigen Wettbewerb aus dem Westen befürchten. Ein anderer Kanalplan, der sogenannte Hansa-Kanal, der aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier in die sogenannten „umstrittenen Gebiete", also an die deutsche Nordseeküste führen soll, hat das Ziel im Auge, dort den Vorsprung wettzumachen, den die englische Kohle infolge des billigen Seetransportes genießt. Schließlich ist noch ein drittes Projekt zu erwähnen, ein Kanal nämlich, der vom Aachener Industrierevier zum Rhein hinüberführen und damit dieses Gebiet wirtschaftlich enger an den industriellen Westen anschließen soll.

Der neue Reichsverkehrsminister Koch nimmt nun in diesem Streit um die Frage: Kanal oder Eisenbahn? einen vermittelnden Standpunkt ein. Er hat in seiner Einführungsrede zum Haushalt seines Ministeriums im Reichstag nur die Mittel angefordert, um die Bauwürdigkeit der beiden zuletzt genannten Pläne zu untersuchen. Die Akten über den Mittellandkanal hingegen sind geschlossen; der Kanal wird gebaut, besonders da er auch für den Abtransport des deutschen Kalis von Wichtigkeit ist. Die Reichsbahn steht nun demgegenüber auf dem Standpunkt, daß die Kanalkonkurrenz für sie nicht bloß außerordentlich schädlich ist, sondern ist auch der Ansicht, daß das für Kanalbauten aufgewendete Geld viel zweckmäßiger für den Ausbau entsprechender Eisenbahnlinien verwendet werden sollte. Um jene Transportmöglichkeiten zu schaffen, die durch den Bau der Kanäle geplant sind, brauche man, so wird gesagt, bei entsprechender Vervollständigung des Eisenbahnnetzes weit geringere Mittel als für den Kanalbau. Wesentlich für die Wirtschaftlichkeit eines solchen Kanals sind nicht bloß die Kosten des Baues an sich, sondern auch beispielsweise die Einlade- und Auslademöglichkeiten, die natürlich beim vorgesehenen Transport von Massengütern beträchtliche sein müssen. Denn nicht Einzelgüter, sondern Massengüter zu transportieren, ist die wirtschaftliche Aufgabe jedes Kanals. Und dieser Transport darf sich auch nur auf lange Strecken hinziehen, weil er sonst wenig rentabel wäre. Der Reichsverkehrsminister hat in seiner Rede auch auf die zweite Konkurrenz hingewiesen, die der Reichsbahn aus dem Kraftfahrwesen her erwächst, das wieder den Transport für kurze Strecken wirtschaftlich sehr rentabel macht. Wägt man also diese Transportmöglichkeiten wirtschaftlich gegeneinander ab, so wird die Entscheidung nach dieser oder jener Seite nicht so leicht. Muß man doch auch im Auge behalten, daß in der gesamten Verkehrspolitik der Fortschritt der Technik eine besonders große Rolle spielt und häufig genug in kurzer Zeit umwälzend wirken kann.

Die neue Arbeitszeit.

Zustimmung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett beriet gestern erneut die Frage des Notgesetzes über die Regelung der Arbeitszeit. Es erklärte sich einstimmig mit den von den Regierungsparteien in der ursprünglichen Vorlage vorgenommenen Änderungen einverstanden, die eine Ergänzung im Sinne der Reichsregierung darstellen, und verfügte die sofortige Weiterleitung der Beschlüsse an den Reichsrat.

Die ausschlaggebenden Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes werden in der neuen Fassung folgenden Inhalt haben:

Erstens wird dem § 6 des Gesetzes eine Bestimmung angefügt, die besagt: Wird Mehrarbeit geleistet, so haben die Arbeitnehmer, mit Ausnahme der Lehrlinge, Anspruch auf eine angemessene Vergütung über den Lohn für die Arbeitszeit hinaus. Als angemessene Vergütung gilt ein Zuschlag von 25 %, sofern die Beteiligten nicht eine andere Regelung vereinbaren. Im Streitfalle entscheidet bindend der Schlichter.

§ 10 lautet in der neuen Fassung: Die Beschränkungen der Arbeitszeit finden keine Anwendung auf Arbeiten in Notfällen und in anderen außerordentlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Beteiligten eintreten und nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders, wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben drohen oder wenn ein Arbeitserzeugnis zu mißlingen droht.

Das gleiche gilt, wenn eine geringe Anzahl von Arbeitnehmern an einzelnen Tagen mit Arbeiten beschäftigt wird, deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeit gefährden oder einen unverhältnismäßig großen wirtschaftlichen Schaden zur Folge haben würde, und wenn dem Arbeitgeber andere Vorkehrungen nicht zugemutet werden können.

Im übrigen wird in dem Gesetz bestimmt, daß eine Arbeitszeit von zehn Stunden nur überschritten werden darf aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung oder wenn es sich um Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten handelt, bei denen eine Vertretung des Arbeitnehmers durch andere Arbeitnehmer des Betriebes nicht möglich ist und die Heranziehung betriebsfremder Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann.

Dr. Köhler über Steuerfragen.

Keine Senkung der Zuckersteuer.

Im Steuerausschuß des Reichstages führte der Reichsminister der Finanzen auf Anfrage der Sozialdemokratischen Partei aus: Nach dem Gesetz vom 3. September 1925 ist die Reichsregierung verpflichtet, wenn die Lohnsteuer in zwei aufeinanderfolgenden Vierteljahren mehr als 600 Millionen Mark erbringt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Lohnsteuer entsprechend senkt. Die Reichsregierung hält sich an dieses Gesetz gebunden und würde, wenn das Lohnsteueraufkommen die bezeichnete Höhe übersteigt, einen Gesetzentwurf vorlegen. Desgleichen werde die Reichsregierung, wenn die Vermögenssteuer unter 400 Millionen Mark bleibt, der ihr gesetzlich vorgezeichneten Verpflichtung nachkommen, eine Erhöhung der Steuer herbeizuführen. Das wird aber erst in der ersten Hälfte des Mai übersehen werden können.

Zu den Anträgen auf Senkung oder Aufhebung der Zuckersteuer müßte er erklären, daß die Etatslage des Reiches, wie sie sich gegenwärtig darstellt, eine Senkung der Zuckersteuer im jetzigen Zeitpunkt nicht zuläßt.

Der Steuerausschuß lehnte einen sozialdemokratischen Antrag ab, daß die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Gebäude bei der Hauszinssteuer beseitigt und die Verwendung dieser Steuer für fiskalische Zwecke auf 20 % begrenzt wird. Desgleichen wurde ein kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Hauszinssteuer aufheben und die Mieten auf 60 % der Friedensmiete herabsetzen will.

Noch immer Spannung auf dem Balkan.

Italien widersetzt sich der Untersuchungskommission.

Keine Beteiligung Deutschlands.

Die Beilegung des Konfliktes zwischen Italien und Jugoslawien scheint doch nicht so glatt vonstatten zu gehen, wie man dies namentlich in Paris, London und Berlin erwartet hat. Die Kabinette dieser drei Länder waren bekanntlich mit Zustimmung der jugoslawischen Regierung dahin übereingekommen, durch eine auf breitester Grundlage gebildete Kommission an der albanisch-serbischen Grenze eine Untersuchung vornehmen zu lassen. Gegen diese Entsendung der Untersuchungskommission hat nun der italienische Botschafter in Paris Einspruch erhoben. Italien begründet diesen Widerstand gegen die Untersuchungskommission damit, daß es nach Ansicht der italienischen Regierung unbestreitbar sei, daß die jugoslawische Regierung an der albanischen Grenze Militärvorbereitungen getroffen hat. Bis zum Eintreffen der Untersuchungskommission würde nach Ansicht der italienischen Regierung Jugoslawien die Truppen von der albanischen Grenze zurückgezogen haben.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" soll England übrigens darauf bestehen, daß an der etwa einzusetzenden Untersuchungskommission auch deutsche Offiziere beteiligt sein sollen. Von amtlicher deutscher Seite wird hierzu mitgeteilt, daß eine diesbezügliche Anfrage an die deutsche Regierung bisher noch nicht gestellt worden sei. In Berliner politischen Kreisen wird stark bezweifelt, daß Deutschland einem Ansuchen nach Mitbeteiligung an der Untersuchungskommission entsprechen würde. Mit der Übernahme einer solchen Pflicht würde Deutschland auch eine Verantwortung auf sich laden, die zu übernehmen es keine Veranlassung habe.

Eine Protestnote Jugoslawiens.

Als Gegenschlag zu dem Vorgehen Italiens hat jetzt auch die Regierung Jugoslawiens Material für eine Zirkularnote zusammengestellt, die an alle befreundeten und verbündeten Regierungen geschickt werden und in der nähere Angaben über militärische Vorbereitungen Italiens unter der unmittelbaren Leitung Mussolinis enthalten sein sollen. In der Note werden diese Rüstungen als eine unmittelbare Gefahr für alle Nachbarstaaten bezeichnet und es wird eine Enquete und Nachprüfung dieser Rüstungen verlangt.

Der polnische Sejm plötzlich von Pilsudski geschlossen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Warschau, 24. März. Heute abend um 6 Uhr teilte plötzlich Pilsudski dem Sejmpräsidenten Rataj mit, die Regierung habe beschlossen, den Sejm zu schließen, denn die gegenwärtige Sitzungsperiode sei nur als Budgetsession gedacht gewesen. Pilsudski stellte dem Sejmpräsidenten den Tag der Durchführung des Regierungsbeschlusses anheim, jedoch befristete er ihn bis spätestens Dienstag nächster Woche. Pilsudski versprach, in der zweiten Hälfte des April den Sejm wieder einzuberufen. Die im Sejmgebäude weilenden Abgeordneten waren über den Regierungsbeschluß geradezu bestürzt. Man entschloß sich, den Dienstag zur Schließung des Sejm zu wählen.

Angriff auf die Ausländer von Nanking.

Geschützfeuer englischer und amerikanischer Kriegsschiffe.

Nach einer Radiomeldung aus Nanking wurde der Hügel, auf den sich die Ausländer aus Nanking geflüchtet hatten, beschossen. Man glaubt, daß das Feuer von Kantontruppen abgegeben wurde. Der britische Konsul wurde verwundet und ein britischer Arzt getötet. Hierauf bombardierten britische und amerikanische Kriegsschiffe das Gelände in der Nähe des Hügels, um den Ausländern die Räumung des Hügels zu ermöglichen. Es wurden ferner zu diesem Zweck auch Marinedetachements gelandet. — Drei in Manila vor Anker liegende amerikanische Zerstörer haben vom amerikanischen Admiral Williams in Schanghai Befehl erhalten, sofort nach Schanghai zu kommen.

Reuter meldet aus Schanghai, daß Weisung zur Einstellung des Generalstreiks ergangen ist. Der Pekinger Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet: Über die hier eintreffenden Nachrichten wird eine strenge Zensur ausgeübt. Unter dem Verdacht der Agitation für die Kantonesen wurden 40 Studenten von den hiesigen Polizei- und Militärbehörden verhaftet.

Eckeners Nordpolflug aufgegeben?

Statt dessen Weltumfliegung geplant.

Wie eine noch unbestätigte Meldung besagt, soll Dr. Eckener planen, mit dem gegenwärtig in Friedrichshafen im Bau befindlichen neuen Überzeppelin eine Weltumfliegung durchzuführen. Der neue Zeppelin, der die Bezeichnung „L. Z. 127" führen wird, war ursprünglich für den Nordpolflug bestimmt und für diesen Zweck sind, wie noch erinnerlich, Sammlungen in ganz Deutschland veranstaltet worden, die ein Gesamtergebnis von zweieinhalb Millionen Mark lieferten. Dr. Eckener und die Beamten der deutschen Abteilung der „International Society for Exploration of the Arctic" konnten sich angeblich über die Einzelheiten des Planes nicht einigen und der Nordpolflug würde wohl deshalb aufgegeben werden. Statt seiner soll die Umfliegung der Welt mit dem neuen Zeppelin stattfinden, wie behauptet wird. Was den Bau des Luftkreuzers anbetrifft, so dürfte er voraussichtlich gegen Ende des Sommers fertiggestellt sein. Die Antriebskraft ist Gas anstatt der bisher üblichen flüssigen Betriebsmittel.

Reichsschulgesetz und Kirche.

Berlin. In einer Aussprache über das Reichsschulgesetz hatten sich auf Einladung des Evangelischen Presseverbandes für Deutschland eine große Anzahl von Parlamentariern der Reichstags- und Landtagsfraktionen, ferner die Mitglieder des zurzeit in Berlin versammelten Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Vertreter der Lehrerschaft, der Theologischen Fakultät hier eingefunden. Der Reichsminister des Innern, Dr. von Keudell, und der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, D. Dr. Becker, waren persönlich zugegen. Die Aussprache über das Reichsschulgesetz wurde eingeleitet durch den bayerischen Kirchenpräsidenten D. Veit-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF